

Basierend auf Erkenntnissen aus dem Projekt
„Group Appeals – The Political Communication
of Eco-Social Policies in Germany“

Sozial vorausschauende Klimapolitik

zentrum
für neue
sozialpolitik

Klimapolitik im Reparaturmodus

Klimapolitik in Deutschland ist sozialpolitisch kurzsichtig ausgestaltet. Wenn Förderprogramme Menschen mit niedrigem Einkommen nicht ausreichend berücksichtigen und soziale Ungleichheiten verschärfen, oder politische Kommunikation große Teile der Bevölkerung verunsichert oder nicht erreicht, verliert Klimaschutz an Legitimität und an Wirkung.

Bezeichnend hierfür ist die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Während der Umstieg in vielen europäischen Nachbarländern politisch geräuschlos verläuft, zählt das Gesetz zu einer der umstrittensten Maßnahmen der Ampel-Regierung. Eine erneute Gesetzesreform wird derzeit von der aktuellen Bundesregierung vorbereitet, was große Unsicherheiten für private Haushalte, die Heizungsindustrie und das Tempo der Wärmewende mit sich bringt.

In der deutschen Klimapolitik dominiert sozialpolitisch der Modus reaktiver Schadensbegrenzung statt aktiver Politikgestaltung: Negative Verteilungsfolgen werden oft erst im Nachhinein repariert, anstatt sie politisch vorausschauend zu vermeiden. Die Ansicht, dass die aktuelle Klimapolitik in Deutschland schlecht durchdacht und sozial ungerecht ist, ist in der Bevölkerung weit verbreitet – und das nicht nur im Hinblick auf das GEG.¹

Gegner:innen ambitionierter Klimapolitik machen sich diese sozialpolitische Kurzsichtigkeit strategisch zunutze: Soziale Schieflagen und mangelhafte Kommunikation bieten dankbare Angriffsflächen für populistische Kritik und untergraben die Akzeptanz von Klimaschutz ebenso wie das grundsätzliche Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit.

Um diese Dynamik zu durchbrechen, müssen Politik und Verwaltung in den Modus einer sozial vorausschauenden Klimapolitik wechseln. Dieser Policy Brief liefert dazu praxisorientierte Empfehlungen.

¹ Umweltbundesamt 2025.

² More in Common 2026.

68 %

der Menschen in Deutschland sprechen sich für Klimaschutzmaßnahmen aus, gleichzeitig blicken 44 % eher sorgenvoll auf die Auswirkungen von Klimaschutz auf ihre eigene finanzielle Lage.²

Im Projekt „Group Appeals – The Political Communication of Eco-Social Policies in Germany“ untersuchten die ZSP Policy Grantees Dr. Philip Rathgeb und Dr. Leonce Röth das novellierte Gebäudeenergiegesetz (GEG) der Ampel-Regierung. Ziel der politisch hochumstrittenen Novelle war die schrittweise Dekarbonisierung des Gebäudesektors durch die Förderung klimafreundlicher Heizsysteme.

Analysiert wurden sowohl die Verteilungswirkungen des GEG als auch die politische und mediale Kommunikation gegenüber betroffenen Gruppen. Grundlage ist eine Auswertung von 2.692 Beiträgen von Parteien, Medien und Interessengruppen zwischen Januar 2023 und Dezember 2024.³

³ Eine ausführliche Beschreibung des methodischen Vorgehens und der Ergebnisse findet sich im Technical Report zum Projekt (Röth und Rathgeb 2026).
⁴ More in Common 2026.

55 %

der Menschen finden, dass Deutschland mehr politische Anstrengungen für Klimaschutz unternehmen sollte. Bisherige Maßnahmen fanden jedoch 80 % der Menschen inhaltlich schlecht durchdacht und 82 % unklar kommuniziert.⁴

Schwachstellen im GEG

Aus sozialpolitischer Perspektive erfährt Klimapolitik in der Bevölkerung hohe Akzeptanz, wenn:

- die Maßnahmen Haushalte finanziell nicht überfordern bzw. nicht als überfordernd wahrgenommen werden⁵,
- der Fokus nicht primär auf Preis- bzw. Verbotsinstrumenten für private Haushalte liegt, sondern diese mit Infrastrukturmaßnahmen und positiven Anreizen verknüpft werden⁶,
- Nutzen, Kosten und Finanzierung, sowie soziale Verteilungsfragen gesamtgesellschaftlich und für private Haushalte klar kommuniziert werden⁷.

Die Lehren aus dem Projekt zeigen, dass diese Akzeptanzbedingungen im Fall des GEG weder im Politikdesign noch in der Kommunikation über das Gesetz erfüllt waren.

⁵ Heyen und Schmitt 2024.
⁶ Jost, Mack und Hillje 2024.
⁷ Ebd.

Lehre 1:

Förderlogik begünstigt investitionsstarke Haushalte

Die Förderlogik des GEG ist sozial unausgewogen ausgestaltet. Die Deckelung der Förderung bei 70 % (für Eigentümer:innen) bzw. 35 % (für Vermieter:innen) macht den Heizungstausch für einkommensschwache Hausbesitzer:innen finanziell schwer umsetzbar. Entsprechend nutzen vor allem wohlhabendere Haushalte die Förderung, für die der finanzielle Eigenanteil kein Problem darstellt.⁸

Diese Logik – auch in anderen Bereichen deutscher Klimapolitik (z. B. Klimatransformationsfonds⁹) sichtbar – erzeugt einen Matthäus-Effekt¹⁰ („Wer hat, dem wird gegeben“). So entstehen soziale Lücken, die Haushalte¹¹ zum Teil finanziell überfordern und andererseits zu Mitnahmeeffekten sowie einem ineffizienten Einsatz öffentlicher Mittel führen.¹² Dies mindert die gesellschaftliche Akzeptanz.

Lehre 2:

Kaum sozialpolitisch zielgruppenorientierte Kommunikation

In der politischen und medialen Kommunikation wurden Mieter:innen und Vermieter:innen oft allgemein und wenig differenziert nach sozialer Lage adressiert (vgl. Abb. 1). Weitere verteilungspolitische Unterschiede – etwa zwischen Stadt und Land – spielten kaum eine Rolle. Unterschiedliche Belastungen betroffener Gruppen, etwa Investitionsbedarfe für Hauseigentümer:innen oder steigende Mietkosten für Mieter:innen, wurden nicht ausreichend aufgegriffen. Sorgen konnten so politisch nicht wirksam adressiert werden, was die Akzeptanz des Gesetzes zusätzlich schwächte.

⁸ Sozial-Klimarat 2024.

⁹ Zukunft KlimaSozial 2025.

¹⁰ Rigney 2010.

¹¹ Mittelbar davon betroffen sind auch einkommensschwache Mieter:innen, die die höheren Folgekosten aufgrund emissionsreicher Heizsysteme tragen müssen.

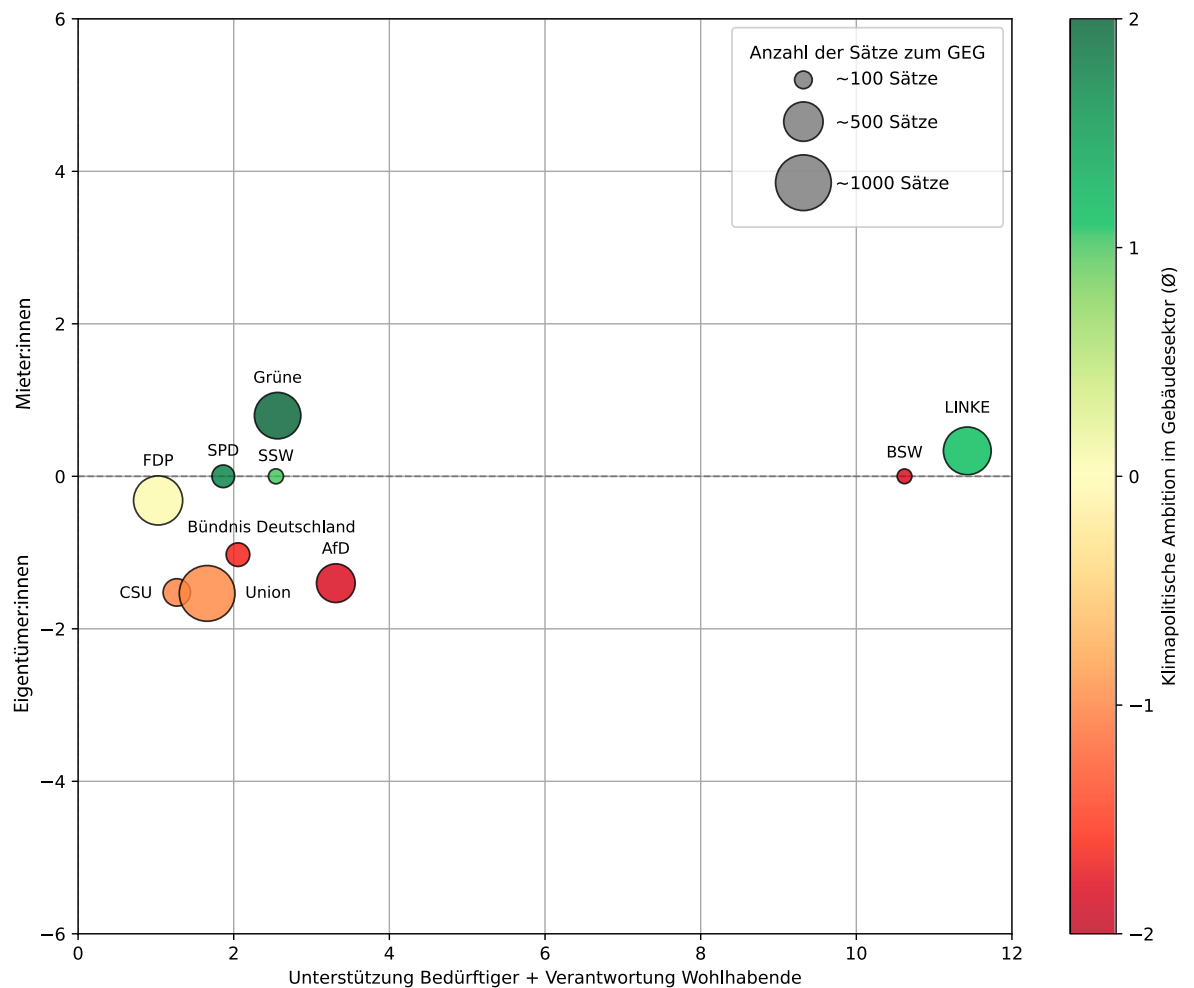
¹² Henze et al. 2026



Vorausschauende Klimasozialpolitik berücksichtigt soziale Belastungen von Beginn an im Politikdesign und in der Kommunikation.

Abb. 1:

Parteilpolitische Positionen und Kommunikation zum GEG¹³



Hinweis: Die Grafik zeigt die grundsätzlichen Klimaambitionen der Parteien im Gebäudebereich (Farbe der Kreise), die adressierten Gruppen – Mieter:innen oder Eigentümer:innen – (vertikale Achse) sowie die Häufigkeit, mit der die Entlastung Bedürftiger und/oder die Belastung Bessergestellter gefordert bzw. thematisiert wird (horizontale Achse).

¹³ Röth und Rathgeb 2026.

Lehre 3:

Parteilpolitische Instrumentalisierung statt sozialer Ausgestaltung

Soziale Argumente wurden von Parteien mit kritischer (CDU/CSU, FDP) oder offen ablehnender Haltung (AfD, BSW) gegenüber dem GEG primär genutzt, um dessen Klimaambitionen zu diskreditieren. Konkrete Forderungen nach einer sozial gerechteren Klimapolitik von Kritiker:innen (mit Ausnahme von Die Linke) blieben weitgehend aus; stattdessen dominierte Kritik an hohen privaten und öffentlichen Investitionskosten.

Dieser Instrumentalisierung der sozialen Dimension hatten die befürwortenden Regierungsparteien (SPD, Grüne) wenig entgegenzusetzen: Antworten zur sozialen Ausgestaltung und die Kommunikation darüber waren nicht ausreichend ausgearbeitet oder wurden verspätet formuliert (u. a. auch Infrastrukturmaßnahmen, wie der Ausbau der kommunalen Wärmenetze).

Gestalten statt Reagieren

Um die gesellschaftliche Akzeptanz für Klimapolitik zu sichern und der Instrumentalisierung sozialer Argumente vorzubeugen, braucht es eine vorausschauende Klimasozialpolitik. Damit ist eine Politik gemeint, die

- die ökologische und soziale Dimension von Klimaschutz über den gesamten Politikprozess zusammendenkt und
- Konflikte über die soziale Ausgestaltung vorausschauend im Politikdesign und der Kommunikation von Maßnahmen berücksichtigt.

Vorausschauendes Politikdesign

Sozialmonitoring im Gesetzgebungsprozess einführen

- a) Bereits bei der Gesetzesformulierung verbindliche Analysen zu Kosten, Verteilungswirkungen, Co-Benefits (u. a. Gesundheit und Lebensqualität) durchführen, um Effekte frühzeitig zu erkennen und Förderstrukturen entsprechend auszurichten.
- b) Bei der Gesetzesdurchführung Testphasen und/oder Sunset Clause-Regelungen nutzen, um Förderstrukturen datenbasiert an Bedarfe anzupassen.

Förderstruktur bedarfsorientiert und effizient ausrichten

Förderstruktur konsequent nach Einkommen und Bedarf staffeln, um Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen gezielt zu unterstützen und fiskalische Mittel effizient einzusetzen.

Regulierung und Förderstruktur integrieren

Gesetzesvorschläge, Förderstrukturen und sozialverträgliche Übergangsregelungen gleichzeitig und passgenau erarbeiten – keine nachgelagerte Entwicklung der Förderstruktur.

Zugang zu Förderungen und Beratung vereinfachen

Förderangebote in einem digitalen Antragsportal (One-Stop-Shop) bündeln und Beratungsangebote ausbauen. Ansprüche (teil)automatisiert auf Basis bestehender Daten (z. B. Einkommen) prüfen.

Vorausschauende Kommunikation

Kommunikation von Beginn an integrieren

Gesetzesvorschlag und Förderstruktur von Beginn an mit einer kohärenten Kommunikationsstrategie verbinden. Transparente Informationen zu Effektivität, Kosten, Verteilungswirkungen und Co-Benefits stärken die Glaubwürdigkeit.

Desinformation frühzeitig adressieren

Mögliche Konfliktnarrative systematisch identifizieren und aktiv bearbeiten. Öffentliche Debatten kontinuierlich beobachten und Desinformation rechtzeitig kommunikativ entgegenwirken, bevor sich verzerrte Deutungen verfestigen.

Übergeordnetes Zielnarrativ und gruppenspezifische Ansprache verknüpfen

Eine konsistente, lebensnahe und gesellschaftsverbindende Zielerzählung (höhere Lebensqualität, bessere öffentliche Infrastruktur) mit differenzierten Botschaften für sozial betroffene Gruppen verbinden.

Mehrheitsfähige und resiliente Klimasozialpolitik

Eine vorausschauende Klimasozialpolitik erkennt soziale Belastungen frühzeitig und berücksichtigt sie im Politikdesign und in der Kommunikation. Damit unterscheidet sie sich von der bisherigen Klimapolitik, bei der weder soziale Flankierung noch Kommunikationsstrategien ausreichend vorbereitet und ausformuliert sind.

Durch eine entsprechend gestaltete Klimapolitik lassen sich sozial begründete Angriffsflächen reduzieren und die gesellschaftliche Akzeptanz stärken. Dadurch wird Klimapolitik strategisch widerstandsfähiger gegenüber politischen Instrumentalisierungsversuchen und bleibt langfristig mehrheitsfähig.

Henze, Levi; Stahl, Theresia; Kölzer, Valentin und Steitz, Janek. 2026. „Der Sanierungskostendeckel: Wie die Gebäudeförderung sozial ausgewogen und kosteneffizient wird.“ Berlin: Dezernat Zukunft. Überprüft: 24. Februar 2026. <https://dezernatzukunft.org/wp-content/uploads/2026/02/Henze-2026-Sanierungskostendeckel.pdf>.

Heyen, Dirk Arne und Schmitt, Lara. 2024. „Akzeptanzfaktoren klimapolitischer Maßnahmen. Synthese politisch relevanter Forschungsergebnisse und Schlussfolgerungen.“ Berlin: Öko-Institut. Überprüft: 24. Februar 2026. <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/PolicyBrief-Akzeptanz.pdf>.

Jost, Pablo; Mack, Matthias und Hillje, Johannes. 2024. „Aufgeheizte Debatte? Eine Analyse der Berichterstattung über das Heizungsgesetz – und was wir politisch daraus lernen können.“ Berlin: Das Progressive Zentrum. Überprüft: 24. Februar 2026. https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2024/04/240418_DPZ_Studie_Aufgeheizte-Debatte.pdf.

More in Common. 2026. „Gesellschaftliche Perspektiven auf die deutsche Klimaschutzdebatte. Ein Forschungsupdate.“ Überprüft: 24. Februar 2026. https://www.moreincommon.de/wp-content/uploads/2026/01/Klima-Update-2026_More-in-Common_WEB.pdf.

Rigney, Daniel. 2010. „The Matthew Effect: How Advantage Begets Further Advantage.“ New York: Columbia University Press. Überprüft: 24. Februar 2026. <https://www.jstor.org/stable/10.7312/rign14948>.

Röth, Leonce und Rathgeb, Philip. 2026. „Verteilungswirkungen und gruppenspezifische Kommunikation: Eine Analyse des novellierten Gebäudeenergiegesetzes (GEG).“ Technical Report zum ZSP Policy Grant Projekt „Group Appeals – The Political Communication of Eco-Social Policies in Germany“ gefördert vom Zentrum für neue Sozialpolitik gGmbH. Berlin: Zentrum für neue Sozialpolitik. Überprüft: 02. März 2026. https://zentrum-neue-sozialpolitik.org/wp-content/uploads/2026/02/260225_Technical-Report_Group-Appeals.pdf.

Umweltbundesamt. 2025. Umweltbewusstsein in Deutschland 2024. Kurzbericht zur Bevölkerungsumfrage. 12. Mai 2025. Überprüft: 24. Februar 2026. https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/479/publikationen/uba_umweltbewusstsein_in_deutschland_2024_kurzbericht_bf_0.pdf#page=3.08.

Sozial-Klimarat. 2024. „Auf dem Weg zu einem klimapolitischen Lagebild.“ 17. Mai 2024. Überprüft: 24. Februar 2026. <https://www.sozial-klimarat.de/post/auf-dem-weg-zu-einem-klimapolitischen-lagebild>.

Zukunft KlimaSozial. 2025. „Der Klima- und Transformationsfonds aus Sicht der privaten Haushalte.“ Überprüft: 24. Februar 2026. <https://zukunft-klimasozial.de/wp-content/uploads/2025/12/Zukunft-KlimaSozial-Klima-und-Transformationsfonds-aus-Sicht-privater-Haushalte.pdf>.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Jan E. Fischer
Mansour Aalam

AUTOR:INNEN

Torben Fischer, Dr. Philip Rathgeb,
Dr. Leonce Röth, Maike Wittmann

REDAKTION & LEKTORAT

Judith Straub

GESTALTUNG & LAYOUT

Antonia Haase

FACHLICHER KONTAKT

Torben Fischer (Senior Projektmanager)
fischer@zentrum-neue-sozialpolitik.org
+49 (0)30 351227-51

© Zentrum für neue Sozialpolitik 2026.
All rights reserved.

[www.zentrum-neue-sozialpolitik.org/projekt/
group-appeals](http://www.zentrum-neue-sozialpolitik.org/projekt/group-appeals)



Das Zentrum für neue Sozialpolitik (ZSP) ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Thinktank mit Sitz in Berlin. Es entwickelt politiknahe Konzepte für eine moderne Sozialpolitik, die individuelle Selbstbestimmung, soziale Teilhabe und strukturelle Fairness in den Mittelpunkt stellt.

Ausgehend von der Frage, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Menschen ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich gestalten können, stehen Bildung, soziale Sicherung und Teilhabe im Fokus.

Als interdisziplinäre Organisation verbindet das ZSP wissenschaftsbasierte Analyse mit strategischer Politikberatung und schafft Räume für den Austausch zwischen Akteur:innen aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.



Diese Publikation ist als PDF auf der Projektwebsite unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar. Gemäß der Lizenz ist das Kopieren und Verbreiten der Publikation nur in ihrer Gesamtheit erlaubt und nur sofern Zentrum für neue Sozialpolitik als Urheber genannt und die Publikation für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet wird. Grafiken und Abbildungen dürfen nicht getrennt von der Veröffentlichung verwendet werden.

Zentrum für neue Sozialpolitik gGmbH
Ohmstraße 13
80802 München
Tel. +49(0)89/44 333 555-00
info@zentrum-neue-sozialpolitik.org
www.zentrum-neue-sozialpolitik.org

V. i. S. d. P.: Mansour Aalam
c/o Zentrum für neue Sozialpolitik
Ohmstraße 13
80802 München

Veröffentlicht im März 2026